

Aufgrund der Weltlage

Italien ernennt ersten Beauftragten für Religionsfreiheit



Italiens Außenminister Antonio Tajani

Quelle: flickr / European People's Party

Die Notlage verfolgter Christen auf der ganzen Welt soll von Italien besonders berücksichtigt werden. Dazu hat Außenminister Antonio Tajani die neue Funktion eines Sonderbeauftragten für die Förderung der Religionsfreiheit geschaffen.

Bei einem runden Tisch in der italienischen Abgeordnetenversammlung in Rom zum Thema «Religionen, Konflikte und Friedenskonsolidierung in den gegenwärtigen globalen Krisen» [kündigte Antonio Tajani](#) an, dass Davide Dionisi diese Aufgabe übernehmen wird.

Dionisi ist ehemaliger Leiter des Auslandsressorts von «L'Osservatore Romano», der Tageszeitung des Vatikanstaates, die über die Aktivitäten des Heiligen Stuhls

berichtet.

Grundrechte im Mittelpunkt

Laut der italienischen Zeitung «Libero Quotidiano» sagte Tajani, die Regierung unterstütze mit Entschlossenheit die Bedeutung des interreligiösen Dialogs. Auch soll eine gemeinsame Aktion geschaffen werden, welche die Würde des Menschen und die Achtung seiner Grundrechte in den Mittelpunkt stellt.

«Die Ernennung eines Sonderbeauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit durch das italienische Aussenministerium ist eine wichtige Massnahme der edelsten politischen Art», kommentierte Marco Respinti, Direktor von «Bitter Winter», einem Magazin über Religionsfreiheit und Menschenrechte.

Vorbildlich für andere Länder

Im Gespräch mit «Premier Christian News» erläuterte Marco Respinti: «Das ist vorbildlich und wird sicherlich dazu beitragen, den Leidenden Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, insbesondere den Christen, die wegen ihres Glaubens stark verfolgt werden.»

Und Marcela Szymanski vom Hilfswerk «Kirche in Not» sollen vergleichbare Aktionen folgen: «Es ist absolut aussergewöhnlich, dass sechs Jahre nachdem Ungarn eine Abteilung für verfolgte Christen eingerichtet hat, endlich ein anderes Land sich dieser Realität anschliesst und sie anerkennt. Kein einziges anderes Land mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit hat dies bisher gewagt.»

Erstes politisches Menschenrecht

«Es ist auch das erste politische Menschenrecht», sagte Marco Respinti. «Es handelt sich nämlich nicht nur um die Freiheit des Glaubens, sondern auch um die Freiheit, sich sozial und politisch zu entfalten. Wir alle wissen, wie sehr diese Freiheit in totalitären, autoritären und tyrannischen Regimen, aber auch in Demokratien beschnitten und verweigert werden kann.»

Und weiter betonte Marco Respinti: «Es ist daher wichtig, dass Länder, die das Leben und die Freiheit schätzen, die Religionsfreiheit ernst nehmen, sowohl auf

politischer Ebene als auch auf internationaler Ebene.»

Zum Thema:

[Schweizer Botschaft im Vatikan: Bekenntnis für gute Beziehungen](#)

[Prinz Charles: «Religionsfreiheit schützen, sonst droht Totalitarismus»](#)

[Spannender Vorschlag: Italienisches Modell für Unternehmenskirchensteuer](#)

Datum: 30.06.2023

Autor: Premier / Daniel Gerber

Quelle: Premier / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Europa](#)

[Politik](#)